

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Seite täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Vorbestellung monatlich 4 Mk., durch unsere Mitglieder zugesagt in der Höhe monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen keinerlei Zusätze an. Im Falle höherer Bewältigung, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Abänderung der Zeitungen oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Inhaltspreis 1 Mk. für die 6 getragene Hauptzeile oder deren Raum, Letzter Preis 2 Mk. Restanten 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Nachmittagsblätter im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Hauptzeile 3 Mk., Nachmittagsblätter 50 Pfg. Anzeigenpreise sind vorbestellbar 10 Mk. für die nächsten 14 Tage. In der nächsten Zeit werden wir keine Anzeigen mehr annehmen. Jeder Anzeigenspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zahlung geht.

Erste Seite

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 133.

Freitag den 10. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Krüppel-, Mütter- und Tuberkulosenberatungsstelle.

Auf Grund des Wohlfahrtspflegegesetzes haben die kaiserlichen Kollegien beschloffen, für den Stadtbezirk Wilsdruff eine Krüppel-, Mütter- und Tuberkulosenberatungsstelle zu errichten, in der Untersuchung und Beratung kostenlos erfolgen soll.

Die erste Sprechstunde soll am

Sonnabend den 11. Juni 1921, nachmittags 5 Uhr

im Sprechzimmer des Herrn Sanitätsrat Dr. med. Bartky stattfinden.

Weitere Sprechstunden finden am 2 und 4. Sonnabend jeden Monats ebenfalls nachm. 5 Uhr und bei Herrn Sanitätsrat Dr. med. Bartky statt.

Wilsdruff, am 8. Juni 1921.

4167

Der Stadtrat.

Bei uns sind eingegangen vom **Sächsischen Gesetzblatt das 8. Stück vom Jahre 1921, vom Reichsgesetzblatt Nr. 45 bis 51 vom Jahre 1921.**

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Hausflur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 8. Juni 1921.

4168

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die französische Kammer hat den Vertrag von Trianon, der den Frieden mit Ungarn wiederherstellt, angenommen.

* Bentzels, der sich in einem französischen Bade befand, ist von Lloyd George berufen, in London eingetroffen. Der Grund seiner Berufung ist in der Haltung der russischen Kommissare zu suchen.

* In London nimmt man jetzt an, daß der Oberste Rat nicht vor Mitte Juli zusammenzutreten wird, da man die Wiederherstellung der Ruhe in Oberschlesien abwarten wolle.

* Englische Kriegsschiffe werden in den nächsten Tagen vor Konstantinopel einreisen, um die griechischen Operationen gegen die türkischen Nationalisten zu unterstützen.

* Der in Genf tagende Kongress der internationalen Vereinigung für den Völkerverbund verlangt einstimmig die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund.

Auf lange Sicht.

Für den neuen Reichskanzler, Herrn Dr. Brüder, scheint der Arbeitstag vorläufig noch mehr als 24 Stunden zu betragen. Er hält Sitzungen und macht Amtsbefuche, empfängt Sachverständige und unterhält sich mit Journalisten, beteiligt sich an großen Redefakten, nicht nur im Reichstag, und es macht fast den Eindruck, als wäre er allgegenwärtig, wo über Deutschlands Schicksal irgend eine Entscheidung fallen könnte. Eben hat er sich zwei fremdländischen Berichterstattern gegenüber zu den Fragen des Tages ausgesprochen, und schon sehen wir ihn im vorläufigen Reichswirtschaftsrat auftauchen, dem er sozusagen seinen Zutrittsschüssel schuldig war. Das alles deutet darauf hin, daß Herr Dr. Brüder sich durchaus nicht als eine Art Verlegenheitskanzler fühlt. Die Parteien, die ihn Herrn Behrend zum Nachfolger haben, mögen das getan haben, weil ihnen im Augenblick unmittelbar vor Ablauf des Ultimatums kein anderer Mann zur Verfügung stand. Nun aber das Ultimatum unterzeichnet ist, zeigt Dr. Brüder sich entschlossen, daraus auch für sich persönlich die besten Folgerungen zu ziehen, und er geht mit einer leidenschaftlichen Kraft an die Arbeit, von der man nur bedauern kann, daß sie nicht einer besseren Sache als der Erfüllung dieses Ultimatums gewidmet wird.

Schon im Reichstage hat der Kanzler davon gesprochen, daß Regierung und Parteien sich den Luxus kurzfristiger Entschlüsse nicht mehr leisten dürften. Auf weite Sicht müßten alle Programme angelegt sein, man dürfe sich nicht mehr damit begnügen, nur noch für heute und morgen sorgen zu wollen. Den gleichen Gedanken legte er der Rede zugrunde, mit der er sich im Reichswirtschaftsrat einführte. Er hat sich, wie man weiß, aus dessen Reihen seinen Wiederaufbauminister geholt, und erwartet von dieser Sachverständigenversammlung ganz besondere Förderung bei Erfüllung der Aufgaben, die er der Entente gegenüber durch sein Jawort übernommen hat. Er wiederholt an dieser Stelle, daß nur noch befriedigende Leistungen zu einem besseren Verhältnis zwischen uns und den Siegerstaaten führen könnten, daß Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft auch Schwierigkeiten für die europäische und die gesamte Weltwirtschaft darstellten, und daß insbesondere das Problem der Ausfuhrabgabe, die den Gradmesser für unsere Leistungsfähigkeit in den Augen der Gläubiger abgeben soll, einer anderen Lösung zugeführt werden muß, als das Ultimatum sie vorsieht. Im übrigen müßte die Aufgabe, die uns gestellt ist, so gigantisch sie auch sei, mit herzhaftem Optimismus angepackt werden. Mit hängenden Köpfen und dünnenden Ohren bringe man nichts zutage. Vollstet sei der Weg des Mutes, der den Dingen zuteile geht. Wie pessimistisch habe man in den Tagen der Rationalisierungsberatung bei den ersten Steuerentwürfen der jungen Republik ihre Entwürfe beurteilt, und jetzt hätten wir in verhältnismäßig kurzer Zeit weit über 40 Milliarden eingenommen. Schon liegen Jüden- und Stichtoffener beim Reichsrat, die Brannweinvorlage wird schon in der nächsten Woche dem Reichsrat zugehen. Die Kapital- und Verkehrssteuern sind im Finanzministerium fertiggestellt, und die Einkommensteuer ist vorbereitet. Auch die Ausgestaltung der Umsatzsteuer macht, wie man zu sagen pflegt, gute Fortschritte — kurz, der Speisegabel, den Herr Dr. Brüder jetzt schon dem Reichswirtschaftsrat aufstücken konnte, läßt an

länge nichts zu wünschen übrig. Dabei macht er jetzt schon kein Hehl daraus, daß auch bei sehr günstiger Entwicklung aller dieser neuen Einnahmequellen weitere große Probleme zu bewältigen bleiben. Er rührt dabei nur flüchtig an die Kohle und an die sogenannten Goldwerte, womit wohl der schwierigste Punkt seines ganzen Steuerprogramms getroffen wird. Deshalb hielt er es für richtig, in dieser Beziehung einige Vorkehrungen zu beschließen. „Bekommen Sie nicht gleich rote Köpfe“, meinte er beruhigend, und fügte hinzu, er persönlich werde sich freihalten von jedem Experiment, das von vornherein den Charakter eines solchen an der Stirne trage. Aber, wenn die damit „unserer Volk“ erzielte internationale Entspannung vorhalten soll, dann müssen wir verhindern, daß neuer Zündstoff kommt, und ohne Opfer wird das nicht abgehen. In sie müssen alle Kreise des Volkes sich teilen, da sonst unsere Freiheit unweigerlich verloren geht.

Der Reichswirtschaftsrat hatte zustimmenden Beifall für diese Darlegungen des Kanzlers, denen eine warmherzige Fürsprache für unser Recht in Oberschlesien vorausgegangen war. Es fragt sich nur, ob diese Abereinbarung auch gegenüber allen Einzelplänen der neuen Regierung vorhalten wird. Vielleicht wirkt der Optimismus, zu dem Herr Dr. Brüder sich so freudig bekennt, anstehend, vielleicht überwindet er so die Zweifler und Rührer, die gewiß nicht lange auf sich warten lassen werden. Eine Hoffnung, die freilich nach den Erfahrungen, die wir in früheren Steuerkampagnen gemacht haben, einigermassen lächeln genannt werden muß.

Kein englisch-französisches Bündnis.

Das englische Kabinett gegen den Plan. Die Pariser Wälder konsultieren mit säkularer Miene, daß gegenwärtig keine Aussichten auf den Abschluß eines formellen Bündnisses vorhanden sind. Auf Anregung des englischen Auswärtigen Amtes ist die neuerdings in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage einer schriftlichen Entente zwischen Frankreich und England in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen.

Der Gedanke sei in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten solle, im Falle eines deutschen Angriffs Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen die Besetzung des Ruhrgebietes berücksichtigen und mit England im Orient zusammenarbeiten soll.

Für diesen Gedanken seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain sowie der Unterstaatssekretär im Londoner Auswärtigen Amt, Sir Eyre Crowe, eingetreten.

Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

In Frankreich wurde das Bündnis lebhaft befürwortet mit dem Hinweis, daß das jetzige englisch-französisch-amerikanische Abkommen nicht genügt, um die Verwundungen Frankreichs wegen baldiger deutscher Versuche, das Ruhrgebiet wieder zu gewinnen, zu beseitigen, wodurch Frankreich in die Notwendigkeit versetzt wird, sich des Ruhrgebietes und Oberschlesiens, als der beiden großen deutschen Wirtschaftszentren, zu bemächtigen. Die Anhänger eines festen englisch-französischen Bündnisses machen geltend, es würde Frankreich der Notwendigkeit überheben, Europa weiter durch seine gegenwärtige Position zu beunruhigen.

Die Absichten Lloyd Georges bleiben noch verborgen. Der stärkste Faktor aber, der dagegen spricht, daß er auf ein solches Bündnis eingehen würde, ist die Tatsache, daß er damit vor den Ideen Lord Northcliffe's, der natürlich für die Idee tut, was er kann, kapitulieren würde.

Die Engländer in Oberschlesien.

Deutsche Hilfe „überflüssig“.

Die Unterredung des englischen Generals Hemdler mit dem deutschen General Hoefler scheint gute Früchte getragen zu haben. Le Nord ist still geworden, und seine Truppen gehen im Gehorsam der Engländer gegen die Polen vor.

Ein auf der Bahn befördertes englisches Bataillon

in in Wietowitz ankommen. Ein zweites englisches Bataillon und eine Kompanie französischer Truppen befinden sich in Rosenberg. In der Gegend von Krampitz und Ottmach hat ein Bataillon italienischer Truppen Stellungen bezogen.

Der vom Selbstschutz gehaltene Bahnhof Ranzschin wurde in einer Nacht viermal unter starkem Artillerie-Einsatz von den Polen angegriffen. Diese wurden jedesmal zurückgeschlagen und verloren neben Toten und Verwundeten eine große Anzahl Gefangene.

Cosel wurde vom deutschen Selbstschutz besetzt. Im Kreis Ratibor wurden die Ziegelstein bei Ratibor und das Borwerk Reudorf bei Jablka von polnischer Artillerie beschossen. Bei Olsan wurde ein polnischer Panzerzug festgehalten.

Nach Mitteilung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins haben die Aufständischen in der zweiten Hälfte des Monats Mai sehr erhebliche Mengen von Kohlen ohne Kontrolle und ohne Bewilligung der Werke und der übrigen für die Ausfuhr zuständigen Stellen nach Polen abgeföhrt.

Die Deutschen werden nicht mehr gebraucht.

Lord d'Abnon hat die deutsche Regierung davon verständigt, daß die Entente-Truppen in Oberschlesien durchaus stark genug sind, um die gegenwärtigen Unruhen zu bezwingen, und daß das deutsche Anerkennen, die englischen Truppen zu unterstützen, daher unangebracht wäre und den Zustand nur verschlechtern könne. Der Gesandte hat die Berliner Regierung erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Deutschen in Oberschlesien sich den Befehlen der Entente-Kommission zu fügen hätten.

Diese Mitteilung des englischen Botschafters scheint die neuere Form des „Ultimatums an General Hoefler“ zu sein, zu dem Le Nord sich beugen mußte.

Wegen der polnischen Angriffe auf Deutsche in Ostrowo hat die deutsche Regierung in Warschau Vorstellungen erhoben.

Terror in Kattowitz und Umgegend.

Der Unruhekreis der Stadtbezirke in Kattowitz, in dem sich die Deutschen überhaupt nicht bewegen können, ist in etwa 20 Minuten abzuhäuten. Die Polen haben eine ganze Anzahl von Gefangenen in Lagern für Deutsche errichtet, von denen sich allein bei Wenden fünf größere Lager befinden. Über die Terrorisierung der Deutschen in den ländlichen Orten bringen nur vereinzelte Nachrichten durch die den allerhöchsten Eindruck erwecken.

Kein „Oberster Rat“, dafür galante Worte.

Die englische Regierung hat in Paris eine Antwort auf die französische Note vom 30. Mai übergeben lassen. Die britische Regierung erklärt sich mit der französischen einig, daß die gesetzliche Ordnung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrag wiederhergestellt werden müsse, bevor eine Entscheidung getroffen werde. Die englische Regierung sagt hinzu, daß sie den Bericht ihres neuen Kommissars abwarten wolle. Die französische Regierung hat sofort geantwortet, daß sie sich in diesen beiden Punkten dem englischen Standpunkt anschließen. Es habe immer in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen. Die französische Regierung hoffe, daß die Ankunft der britischen Truppen hierzu beitragen werde usw.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Aberprüfung der Reichsnotopferveranlagung.

Der Haus-Bund hatte gegen die vielfachen Erhöhungen des Grund- und Betriebsvermögens bei der vorläufigen Reichsnotopferveranlagung beim Reichsfinanzministerium Beschwerde eingelegt. Vom Finanzministerium ist dem Haus-Bund nun die Zulage gegeben worden, daß jeder Steuerbescheid noch einmal überprüft, und daß die endgültige Veranlagung unter genauer Beachtung der gesetzlichen Vorschriften erfolgen soll.

Umlageverfahren für die Getreidemehlwirtschaft.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages sprach sich nach langer Aussprache für das vom Reichs-erndbrüchminister beschriebene Umlageverfahren aus, nachdem die Anträge der Mehlwirte auf völlig freie Wir-